



Auf die Inhalte kommt es an!

Beschluss des Vorstands der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion zur aktuellen Debatte nach den Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg.

Berlin, 5. März 2008

Auf die Inhalte kommt es an!

Zur aktuellen Debatte nach den Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg stellt der Vorstand der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion fest:

1. Sagen, was ist! Die SPD kann nach drei schwierigen Landtagswahlen eine selbstbewusste Bilanz ziehen. Zwei absolute CDU-Mehrheiten klar gebrochen, drei Mal kräftige Verluste für die CDU, in zwei Bundesländern sensationell gute wie gute Gewinne für die SPD. Das dürfen wir nicht kleinreden. Gleichzeitig dürfen wir nicht selbstzufrieden und unkritisch sein. Für die Rückkehr zu alter sozialdemokratischer Stärke müssen wir weitere Wählerschichten gewinnen. Ein Anfang ist gemacht. Bei allen drei Wahlen hat die SPD bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern massiv dazu gewonnen. Bei Arbeitnehmern, Gewerkschaftsmitgliedern und Arbeitslosen konnte die SPD signifikant dazu gewinnen. Klare Positionen (gegen Studiengebühren, für Mindestlöhne) haben hier einen Beitrag geleistet. Auf der anderen Seite gilt: Für die wachsende Wählergruppe der Älteren, der Rentner und Pensionäre, bedarf es nun überzeugender Politikangebote der SPD und einer glaubwürdigen Vertrauensarbeit.
2. Wer den wegweisenden inhaltlichen Beschlüssen des Hamburger Parteitags und den gegenwärtigen strategischen Überlegungen nur die Durchhalteparolen der letzten Jahre entgegensetzen hat, führt die SPD in eine Sackgasse. Wir sind schon weiter. Die SPD hat insgesamt neues Profil gewonnen. Die SPD muss für ihren eigenen Weg beharrlich weiter kämpfen, den einer erneuerten Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert. Wir definieren uns dabei nicht über andere Parteien, sondern über den Kern unserer eigenen politischen Mission. Es geht um die ganze Breite unseres Programms als linke Volkspartei. Deshalb kommt es darauf an, dass die SPD ihr Profil in der Großen Koalition weiter schärft. Wir brauchen nicht den Erfolg der Großen Koalition an sich. Wir brauchen mehr Erfolge in der Großen Koalition für unsere Wählerschaft, für die Menschen, die wieder auf uns setzen wollen und sollen.
3. Konkret: Deshalb kommt es uns darauf an, die Teilhabe *aller* am Aufschwung erfolgreich durchzusetzen. Deshalb streiten wir für gute Arbeit und faire Entlohnung, für mehr Managerverantwortung und für die effektive Begrenzung eines ungezügelten Finanzkapitalismus, für mehr Steuergerechtigkeit und mehr Steuerehrlichkeit, für gleiche Bildungschancen und mehr Zukunftsinvestitionen, für mehr Klimaschutz und die notwendige ökologischen Wende. Aus der Analyse der Landtagswahlen müssen jetzt die richtigen Schlussfolgerungen gezogen werden: IEs ist jetzt für die SPD zwingend erforderlich, effektive Wege zur Zurückdrängung der sich immer stärker ausbreitenden prekären Beschäftigungsverhältnisse und zur Bekämpfung der absehbar wachsenden Altersarmut aufzuzeigen. Dies ist sowohl gesellschaftlich wie ökonomisch notwendig als auch strategisch geboten. Denn hier geht es an die Schlüsselfragen unserer Sozialstaatssicherung. Zukunft gewinnen heißt, jetzt zu handeln.

4. Der Kampf für die eigenen Inhalte und die eigene Stärke entbindet die Partei jedoch nicht davon, Bündnisüberlegungen anzustellen, die die optimale Durchsetzung sozialdemokratischer Politik in den Parlamenten ermöglichen. Dafür brauchen wir Fortschrittskoalitionen. Hier muss die SPD den Raum nutzen, den ihr der demokratische Teil des Parteienspektrums bietet. Die Propagandawelle von CDU/CSU und ihren Büchsenpannern in Wirtschaft und Medien darf uns deshalb nicht erschrecken. Diesen Kräften war eine kastrierte SPD schon immer die liebste SPD. Den eigenen Spielraum ohne Not einzuschränken spielt nur unseren Gegnern in die Hände, Konservativen und Marktradikalen von rechts sowie den Realitätsverweigerern und Dogmatikern von radikal-links.
5. Die Dämonisierung der Linkspartei hat ihrem Parteibildungsprozess und ihrem Abschneiden bei den vergangenen Wahlen nicht geschadet – eher im Gegenteil. Eine ebenso sachlich-kritische wie harte Auseinandersetzung ist für die SPD der glaubwürdigere Kurs - auch angesichts erfolgreicher rot-roter Regierungspolitik in Berlin und vorher auch in anderen Bundesländern. Sachlich-kritische und harte Auseinandersetzung erfordert dabei auch den Einstieg in eine wirkliche *inhaltliche* Auseinandersetzung mit der Linkspartei. Denn jedes mögliche Zusammenwirken steht angesichts der weiterhin bestehenden schwerwiegenden inhaltlichen und personellen Unklarheiten in dieser noch entstehenden Partei und der großen konzeptionellen Unterschiede zwischen SPD und Linkspartei vor hohen Hürden und muss sehr sorgfältig abgewogen werden.
6. Die Initiative von Kurt Beck und die Beschlüsse von Parteivorstand und Parteirat, den SPD-Landesverbänden vor Ort die Entscheidung zu überlassen, in welcher Form sie Regierungsverantwortung in den Ländern anstreben, sind der richtige Weg. Die Landesverbände stehen in der Verantwortung zu prüfen, ob potentielle Koalitionspartner über genügend inhaltliche Schnittmengen verfügen, geeignetes Personal anbieten und zu verlässlicher Regierungsarbeit bereit und in der Lage sind. Die SPD gibt hier jetzt endlich eine gesamtdeutsche Antwort, für den Osten und den Westen, von Flensburg bis Passau, von Frankfurt/Oder bis Saarbrücken. Das klärt die Lage.
7. Der Parteivorstand hat die Verantwortung, grundlegende strategische Weichenstellungen für die Partei anzustoßen. Dies gilt insbesondere für die Frage, wie sich die SPD auf die offenen Auseinandersetzungen in einem möglichen Fünf-Parteien-System (6 Parteien mit der CSU) einstellt. In der Frage des Umgangs mit der Linkspartei im Bund und in den Ländern hat der Parteivorstand die Position des Parteivorsitzenden nahezu einstimmig unterstützt. Nun müssen alle Mitglieder des PV den gemeinsam getroffenen Beschluss auch öffentlich und parteiintern vertreten und für ihn werben.
8. Nur mit dieser inhaltlichen und strategischen Gelassenheit, nur mit mehr sozialdemokratischem Profil in der großen Koalition und mehr Erfolg für die Wählerschaft der

SPD in der großen Koalition wird es für die Partei auch möglich, ein breites Fortschrittsbündnis aus Arbeitnehmerschaft und Gewerkschaften, aus verantwortungsbewusster Unternehmerschaft und fortschrittlichen Selbstständigen, aus linkem Bürgertum sowie den liberal und ökologisch gesinnten Teilen der Bevölkerung zu bilden. Die SPD darf sich bei ihren Forderungen und Initiativen nicht aus der Mehrheitsposition der Bevölkerung abdrängen lassen. Wir wollen die solidarische Mehrheit in der Bevölkerung repräsentieren und gestalten konkrete Politik für diese Mehrheit.